



Europa Newsletter

Sabine Verheyen
Ihre CDU-Europaabgeordnete

März | 2019

Aus dem Plenum

Zukunft Europas: Debatte mit dem slowakischen Premierminister Pellegrini

Solidarität in Europa ist keine Einbahnstraße. Leider wollen sich einige mittel- und osteuropäische Regierungen nicht an der Verteilung von Flüchtlingen in der EU beteiligen. Trauriger Tiefpunkt war, dass sich die Slowakei der Klage Ungarns vor dem Europäischen Gerichtshof gegen die beschlossene EU-Regelung zum Verteilungsschlüssel angeschlossen hat. Regierungschef Pellegrini wird darlegen müssen, welchen Beitrag sein Land leisten will. EU-Fördergelder gerne zu nehmen, aber keine politische Solidarität zu zeigen, kann nicht hingenommen werden.

[Lesen Sie den Beitrag hier weiter!](#)

Cybersecurity / ENISA

Ob großangelegte Cyberattacke oder Virus auf dem Heimcomputer - Europa muss mit den Sicherheitsrisiken in der digitalen Welt Schritt halten. Umso wichtiger ist es, dass wir mit dem Cybersicherheits-Rechtsakt nun ein Instrument beschlossen haben, mit dem Europa Bedrohungen aus der digitalen Welt künftig besser abwehren kann: Die EU-Cybersicherheitsagentur ENISA wird personell und finanziell aufgestockt und die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten im Bereich Cybersicherheit wird intensiviert. Die Cyberattacke WannaCry im Jahr 2017, durch die über 200.000 IT-Systeme zeitgleich in der EU lahmgelegt wurden, hat gezeigt, dass wir europäische Initiativen für mehr Cybersicherheit brauchen. Zudem wird es künftig für IT-Geräte und sichere Dienstleistungen europaweit einheitliche Zertifizierungen geben. Eine einheitliche Zertifizierung kann für unsere europäischen Unternehmen im internationalen Wettbewerb ein Verkaufsschlager werden. Unsere starke industrielle Basis in der EU wird durch den Cybersicherheits-Rechtsakt in jedem Fall gestärkt. Verbesserte Informationen für die Nutzer werden den individuellen Schutz im zunehmend vernetzten Alltag zusätzlich erhöhen.

[Lesen Sie den Beitrag hier weiter!](#)

EU bereitet sich auf harten Brexit vor - Parlament stimmt für Übergangsregelungen

Das britische Unterhaus hat das Austrittsabkommen mit der EU erneut mit breiter Mehrheit abgelehnt. Als EU haben wir alles Erdenkliche für eine Einigung getan. Wenn es eine Lösung für die derzeitige Blockade gibt, dann kann sie nur in London gefunden werden. Die britische Regierung muss sich entscheiden, ob sie einen konstruktiven Weg beim EU-Austritt gehen will. Die Zeit läuft uns davon, denn bis zum geplanten Austritt Ende des Monats sind es nur noch rund zwei Wochen. Eine Verschiebung des Austritts ist nur für eine kurze Zeitspanne denkbar, da Ende Mai die Europawahlen stattfinden. Als EU bereiten wir uns daher weiter auf einen harten Brexit vor. Von Güterverkehr über Erasmus+ bis hin zu Fischerei und Visumpflicht - im EU-Parlament haben wir diese Woche mehreren Regelungen zugestimmt, die im Falle eines No-Deal-Brexits die Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich in unterschiedlichen Bereichen regeln sollen. Unsere Unternehmen und Bürger brauchen vor allem eines: Klarheit. Deshalb ist es gut, dass die EU sich auf ein No-Deal-Szenario vorbereitet - obwohl ich persönlich dieses Szenario für die schlechteste Option halte.

[Erfahren Sie hier mehr über die EU-Vorbereitungen zum Brexit!](#)

Europa bekämpft Terrorismusfinanzierung und schützt Kulturerbe

Das Europäische Parlament hat diese Woche für neue EU-Vorschriften für die Einfuhr von Kulturgütern aus Drittländern gestimmt. Hauptziel der Gesetzgebung ist die Bekämpfung des illegalen Imports und Handels mit Kulturgütern und somit die Bekämpfung von Terrorismusfinanzierung und Geldwäsche sowie der Schutz des kulturellen Erbes. „Mit Ausnahme von zwei spezifischen Maßnahmen für den Irak und Syrien gibt es derzeit keine EU-Rechtsvorschriften für den Import von Kulturgütern aus Drittländern in die EU. Der Schwarzmarkt für Antiquitäten und Kulturgüter ist nach wie vor ein wichtiger Sektor im illegalen Handel weltweit“, so die Aachener Europaabgeordnete Sabine Verheyen (CDU), die das Dossier federführend für die EVP-Fraktion betreut hat. Damit die Ziele der Verordnung erreicht werden können, hatten sich das Parlament und der Rat im Trilog im Vorhinein darauf geeinigt, dass künftig ein generelles Einfuhrverbot für illegal ausgeführte Kulturgüter aus Drittländern gilt. Dieses Verbot zielt insbesondere auf die am stärksten gefährdeten Güter ab, wie beispielsweise Produkte archäologischer Ausgrabungen und Elemente künstlerischer oder historischer Denkmäler.

[Erfahren Sie hier mehr über die neuen EU-Vorschriften!](#)

Parlament stimmt für die Richtlinie über die Barrierefreiheit von Produkten und Dienstleistungen - Verbesserter Zugang für Menschen mit Behinderungen

Das EU-Parlament hat diese Woche in Straßburg den finalen Text der Richtlinie zur Barrierefreiheit angenommen und fordert damit einen barrierefreien Zugang zu Produkten und Dienstleistungen für Menschen mit Behinderungen. Online-Handel, Geld- und Ticketautomaten sollen besser zugänglich werden. Schon im Jahr 2020 werden laut Kommission ca. 120 Millionen Menschen in der EU mit einer mehr oder minder schweren Behinderung leben. Zudem ist festzustellen, dass die Gesellschaft immer älter wird. „Wir können diese Entwicklung nicht von uns weisen und müssen endlich dafür Sorge tragen, dass ein barrierefreier Zugang zu Produkten und Dienstleistungen für Menschen mit Behinderungen selbstverständlich ist“, erklärt die Aachener Europaabgeordnete Sabine Verheyen (CDU), die das Dossier federführend für die EVP-Fraktion betreut hat. Die Richtlinie ist ein weiterer Schritt hin zur vollständigen Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. „Die Richtlinie ist ein erster Schritt in die richtige Richtung für bessere soziale Inklusion, denn sie stärkt die Eigenständigkeit der Betroffenen“, erklärt Sabine Verheyen weiter. „Die EVP hat für gute Verhältnismäßigkeit zwischen Anforderungen und Umsetzbarkeit, insbesondere in Bezug auf klein- und mittelständische Unternehmen, gesorgt“, betonte die Europaabgeordnete Sabine Verheyen. „Mit unserer Abstimmung hat das Europäische Parlament einer Richtlinie zugestimmt, die eine wichtige Balance zwischen allen Interessen findet und die Barrierefreiheit in Europa ein großes Stück voranbringt, und somit das Leben der Betroffenen und das ihres individuellen Umfeldes vereinfacht“, erklärt Sabine Verheyen abschließend.

[Erfahren Sie hier mehr über die neuen EU-Regelungen!](#)

Europäisches Solidaritätskorps - Mehr Freiwilligentätigkeiten für junge Menschen

Durch das Europäische Solidaritätskorps können junge Menschen wertvolle Erfahrungen sammeln und wichtige Qualifikationen erwerben. Es stärkt den Zusammenhalt, die Solidarität und die Demokratie in Europa sowie in anderen Teilen der Welt. Das Programm bietet jungen Menschen durch Freiwilligenarbeit und Praktika die Gelegenheit, international aktiv zu sein, und dabei gute und gesellschaftlich wichtige Kompetenzen zu erlernen. Der Einsatz der Jugendlichen, der Menschen in ganz Europa zu Gute kommt, ist auch für die Jugendlichen eine große Chance. Sie können sich einerseits persönlich weiterentwickeln und erfahren andererseits einen einfacheren Übergang in die Arbeitswelt. Davon kann die europäische Gesellschaft nur profitieren. Mit dem neuen Programm senken wir administrative Auflagen, die Teilnahme wird vereinfacht. Soziale Inklusion ist nicht nur ein wichtiges Ziel innerhalb des Programms, sondern auch für die europäische Gemeinschaft. Die EVP-Fraktion hat sich hierfür besonders stark gemacht und als kulturpolitische Sprecherin meiner Fraktion war mir dies natürlich ein ganz besonderes Anliegen.

[Lesen Sie hier auch meine Pressemitteilung!](#)

Wettbewerb im Luftverkehr

Schluss mit unfairen Handelspraktiken - Europa nimmt den Verdrängungswettbewerb zulasten hiesiger Airlines nicht länger hin. Die EU verfügt künftig über ein robustes Schutzinstrument, womit sie auf Diskriminierungen europäischer Fluggesellschaften, etwa bei Landerechten oder Betriebssubventionen, reagieren kann. Schon bei einer drohenden Schädigung dürfen finanzielle Strafen oder die Einschränkung von Rechten bei Slots oder Bodenabfertigung eingeleitet werden. Mit der Verordnung schließen wir zu den USA auf, die bereits seit Jahren ein Schutzinstrument für ihre heimischen Airlines haben. Die USA sowie China müssen wissen, dass auch europäische Fluggesellschaften nicht länger Spielball für Handelsstreitigkeiten sind.

[Erfahren Sie hier mehr über das Thema!](#)

Sabine Verheyen, Mitglied des Europäischen Parlaments, Europabüro Aachen, Monheimsallee 37, 52062 Aachen. Sie erhalten diese E-Mail, weil Sie Ihre E-Mail-Adresse in unseren Verteiler haben eintragen lassen. Unsere Datenschutzerklärung ist unter folgendem Link verfügbar: <https://www.sabine-verheyen.de/datenschutzerklaerung/>. Zum Abbestellen unseres Newsletters klicken Sie bitte auf folgenden Link: [Abbestellen](#)